

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 95 — 1061

19 DECEMBER 1994. — Decreet houdende goedkeuring van de Overeenkomst inzake bescherming van het cultureel en natuurlijk erfgoed van de wereld, gedaan te Parijs op 23 november 1972 (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, de Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Enig artikel. De Overeenkomst inzake de bescherming van het cultureel en natuurlijk erfgoed van de wereld, gedaan te Parijs op 23 november 1972 zal volkomen uitwerking hebben wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Eupen, 19 december 1994.

De Voorzitter van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

J. MARAITE

De Minister voor Onderwijs en Vorming,
Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,

B. GENTGES

De Minister van Media, Volwassenenvorming,
Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

K.-H. LAMBERTZ

D. 95 — 1062

[S-C — 33042]

16. MÄRZ 1994. — Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund der am 20. August 1957 koordinierten Gesetze über das Primarschulwesen, insbesondere des durch Gesetze vom 17. März 1958 und 20. Mai 1959 abgeänderten Artikels 79;

Aufgrund des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, insbesondere des Artikels 12bis § 3, eingefügt durch das Gesetz vom 11. Juli 1973;

Aufgrund des Gesetzes vom 1. April 1980 über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 7. Mai 1990;

Aufgrund des Gesetzes vom 22. Juni 1984 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 17. Februar 1992;

Aufgrund des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985, das soziale Bestimmungen enthält, insbesondere der Artikel 99 und 100;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der administrativen Stände des Verwaltungspersonals und des Unterhalts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, insbesondere des Artikels 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, insbesondere des Artikels 159;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Einrichtungen für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, insbesondere des Artikels 39;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des Fachpersonals der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren des Staates, der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren des Staates, der Ausbildungszentren des Staates sowie der Inspektionsdienste, die mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Schul- und Berufsberatungsstellen und die spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragt sind, insbesondere des Artikels 167;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. August 1991 betreffend die Gewährung von Laufbahnunterbrechungszulagen an die Personalmitglieder des Unterrichtswesens und der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 30. Juli 1993;

Aufgrund des Protokolls Nr S 14/93 + OSUW 6/93 vom 6. September 1993, das die Ergebnisse der in gemeinsamer Sitzung geführten Verhandlungen des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des in Artikel 17 § 2ter Nr. 3 des Königlichen Erlasses vom 28. September 1984 vorgesehenen Unterausschusses enthält;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

(1) *Zitting 1994-1995*

Bescheiden van de Raad : 139/1994-1995. Nr. 1. — *Voorstel van decreet*, 139/1994-1995. Nr. 2. — *Verslag. Integraal verslag*. — *Bespreking en aanneming. Vergadering van 19 december 1994.*

In Erwägung der Tatsache, daß die Auszahlung der Laufbahnunterbrechungsprämie nicht länger hinausgezögert werden kann;

Auf Vorschlag des Ministers für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,

Beschließt :

Artikel 1. Vorliegender Erlaß findet Anwendung auf die definitiv angestellten Personalmitglieder, deren Ernennung anerkannt ist, dort wo die Anerkennung besteht, und die:

1. im Gesetz vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens;
2. im Gesetz vom 1. April 1960 über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren;
3. im Gesetz vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, was die subventionierten Personalmitglieder betrifft;
4. in Artikel 79 der am 20. August 1959 koordinierten Gesetze über das Primarschulwesen;
5. in den am 30. April 1957 koordinierten Gesetzen über das technische Unterrichtswesen erwähnt sind.

Art. 2. Den in Artikel 1 erwähnten Personalmitgliedern wird auf ihren Antrag hin die vollständige Unterbrechung ihrer beruflichen Laufbahn gewährt und zwar unabhängig von der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die zu dem Amt bzw. den Ämtern gehören, in dem/denen sie ernannt sind.

Eine teilweise Unterbrechung der beruflichen Laufbahn ist den Personalmitgliedern nur gestattet, wenn die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die zum Amt bzw. zu den Ämtern gehören, in dem/denen sie ernannt sind, mindestens die Hälfte der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden beträgt. In diesem Falle beträgt die Unterbrechung die Hälfte der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für die Vollzeitbeschäftigung erforderlich ist.

Das ausgeübte Amt muß als Hauptamt im Sinne des Artikels 5 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 betrachtet werden.

Es wird davon ausgegangen, daß die Personalmitglieder, die wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden oder eine Stundenplanergänzung beantragen, die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden leisten, die sie vor ihrer Zurdispositionstellung oder vor ihrem Antrag auf eine Stundenplanergänzung geleistet haben.

Um einen halben Stundenplan zu bestimmen, wird als Divisor für jedes Amt nur die Mindestanzahl Stunden berücksichtigt, die erforderlich ist, um die Vollzeitbeschäftigung zu erreichen.

Art. 3. In Abweichung von den Artikeln 1 und 2 bestimmt der für den Unterricht zuständige Minister durch einen Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, für welche Ämter die Personalmitglieder aus Gründen, die mit der einwandfreien Arbeitsweise der Unterrichtseinrichtungen, der Zentren und der Inspektion zusammenhängen, vom Genuß vorliegenden Erlasses ausgeschlossen werden können.

Art. 4. § 1. Die Laufbahnunterbrechung wird

- dem Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals, des sozialen und psychologischen Personals und des Inspektionspersonals sowie den Primarschullehrern, Lehrern und Inspektoren für katholische und protestantische Religion;
- dem Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonal;
- dem Fachpersonal der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren,

gewährt, und zwar für einen Zeitraum, der am 1. September oder am 1. Oktober des Schuljahres beginnt und am 31. August endet.

In Abweichung von den vorangehenden Bestimmungen darf die Laufbahnunterbrechung jedoch am Tag nach einem Mutterschaftsurlaub oder am Tag nach einem Urlaub, den die Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft erhalten, beginnen. Das Personalmitglied wird vorrangig von einer Person ersetzt, die zu Beginn der Laufbahnunterbrechung :

1. entweder ein Personalmitglied ist, das wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt ist;
2. oder ein für alle Tage der Woche voll entschädigter Arbeitsloser ist;
3. oder ein Arbeitnehmer ist, der einer Teilzeitbeschäftigung bei Beibehaltung seiner Rechte nachgehen möchte und in Anwendung der Artikel 99 und 107 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 über die Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld bezieht;
4. oder ein Personalmitglied, das ein Personalmitglied während eines Mutterschaftsurlaubs ersetzt hat und zu Beginn dieses Ersatzes entschädigte Vollarbeitslose war, die für jeden Tag der Woche Arbeitslosengeld bezogen hat, oder einen der unter Punkt 1 oder 3 erwähnten Personalkategorien angehörte;
5. die entschädigten Arbeitslosen, die bei einer Arbeitszeitregelung, die pro Woche durchschnittlich mindestens die Hälfte der wöchentlichen Anzahl Arbeitsstunden zählt, die im Durchschnitt von einem vollbeschäftigten Arbeitnehmer in einer ähnlichen Stelle im selben Betrieb oder, in Ermangelung dessen, im selben Tätigkeitszweig geleistet werden, vollarbeitslos ist;
6. die Person, die sich unter den vom Minister der Beschäftigung und der Arbeit festgelegten Bedingungen in den Arbeitsmarkt eingliedern oder wiederingliedern möchte.

In diesem Fall muß die Laufbahnunterbrechung vor Beginn des Mutterschaftsurlaubs oder vor Beginn des Urlaubs, den die Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft erhalten, beantragt werden.

§ 2. Die anderen in den Artikeln 1 und 2 des vorliegenden Erlasses erwähnten Personalmitglieder dürfen ihre berufliche Laufbahn für einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monate unterbrechen.

§ 3. Die Gesamtdauer der vollständigen oder teilweisen Laufbahnunterbrechung darf während der Laufbahn 60 Monate nicht überschreiten.

§ 4. Ein Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn vollständig oder teilweise unterbricht und nicht gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 12. August 1991 betreffend die Gewährung von Laufbahnunterbrechungszulagen an die Personalmitglieder des Unterrichtswesens und der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren ersetzt werden kann, wird vom zuständigen Minister oder von seinem Beauftragten auf Laufbahnunterbrechungsurlaub gestellt. In diesem Fall erhält das Personalmitglied keine Laufbahnunterbrechungszulage.

Art. 5. § 1. Das Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn unterbrechen möchte, teilt dem Minister oder seinem Beauftragten schriftlich mit, wann die Unterbrechung beginnen und wie lange sie dauern soll.

Außerdem teilt das Personalmitglied mit, ob es eine vollständige oder eine teilweise Unterbrechung wünscht.

§ 2. Diese Mitteilung erfolgt mindestens dreißig Tage vor Beginn der Laufbahnunterbrechung durch Vermittlung

- des Schulleiters im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des Direktors in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- des Trägers im subventionierten Unterrichtswesen und in den subventionierten PMS-Zentren;
- der vorgesetzten Behörde für die Mitglieder der Inspektionsdienste.

Art. 6. § 1. Während seiner Laufbahnunterbrechung bezieht das Personalmitglied kein Gehalt bzw. keine Gehaltssubvention. Die Laufbahnunterbrechung wird mit aktivem Dienst gleichgestellt.

Der Betrag der Laufbahnunterbrechungszulage zu Lasten des LAA und/oder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird auf der Grundlage der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden festgelegt, die zum Amt bzw. zu den Ämtern gehören.

Für die in Artikel 2 Absatz 4 erwähnten Personalmitglieder wird der Teil der Unterbrechungszulage, der die Stunden oder Unterrichtsstunden betrifft, für die der Betreffende wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt ist oder die von der Beschäftigung verlorengegangen sind und nicht ersetzt werden können, von der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen.

§ 2. Während seiner Laufbahnunterbrechung bleibt das Personalmitglied dem auf ihn anwendbaren Statut, dort wo es besteht, und deshalb auch den Bestimmungen betreffend die Verpflichtungen und Unvereinbarkeiten unterworfen.

§ 3. Während der Laufbahnunterbrechung wird das Anrecht auf Kinderzulagen unter Berücksichtigung der diesbezüglich anwendbaren Bestimmungen beibehalten und werden die Zulagen entsprechend der Arbeitszeitregelung gewährt, die das Personalmitglied unterbrochen hat.

Das Personalmitglied hat weiterhin ein Anrecht auf die Rückzahlung der Gesundheitspflege.

§ 4. Der Mutterschaftsurlaub oder der im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft gewährte Urlaub, der während der Laufbahnunterbrechung eintritt, setzt dieser kein Ende, setzt sie aber aus, selbst wenn der Mutterschaftsurlaub aufgeteilt wird.

In diesem Fall bezieht das Personalmitglied die Entlohnung, auf die es Anrecht hat aufgrund der Regelung, die Anwendung findet in Sachen Mutterschaftsurlaub oder Urlaub für Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft.

Art. 7. § 1. Aus außergewöhnlichen Gründen und unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von einem Monat darf dem Personalmitglied, das seine Laufbahn unterbrochen hat, vom Minister oder von seinem Beauftragten gestattet werden, vor Ablauf des Zeitraums der Laufbahnunterbrechung sein Amt wiederaufzunehmen oder wieder voll auszuüben.

Die Kündigung muß dem Minister oder seinem Beauftragten zugesandt werden

- durch Vermittlung des Schulleiters im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, des Direktors in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der vorgesetzten Behörde für die Mitglieder der Inspektionsdienste;

- durch Vermittlung und mit dem Einverständnis des Organisationsträgers im subventionierten Unterrichtswesen und in den subventionierten PMS-Zentren.

Was die Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für Religion im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen betrifft, wird diesem Antrag das Einverständnis des betreffenden Kultusvorstehers beigelegt.

§ 2. Die in Artikel 4 § 1 des vorliegenden Erlasses erwähnten Personalmitglieder dürfen ihr Amt auf keinen Fall nach dem 1. Mai des Schuljahres bzw. akademischen Jahres wiederaufnehmen oder wieder vollständig ausüben.

§ 3. Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilt dem LAA binnen fünfzehn Tagen nach dem Beschluß des Ministers oder seines Beauftragten das Datum mit, an dem das Personalmitglied sein Amt wiederaufnimmt oder wieder vollständig ausübt.

Art. 8. § 1. Ein Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn unterbricht, wird gemäß den Verordnungsbestimmungen, die in Sachen Wiedereinsetzung und Wiederbeschäftigung Anwendung finden, vorrangig von einem oder mehreren Personalmitgliedern ersetzt, die wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt worden sind.

In den Auswahl- und Beförderungssämtern kann ein Personalmitglied jedoch zeitweilig von einem definitiv ernannten Personalmitglied im Anwerbungsamt ersetzt werden, das zu dem Auswahl- bzw. Beförderungsamte Zugang bietet.

In diesem Fall finden die Bestimmungen des Absatzes 1 Anwendung auf das vorläufig vollständig oder teilweise aufgegebene Anwerbungsamt.

Wenn es nicht möglich ist, die vorhergehenden Bestimmungen anzuwenden, wird das Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn unterbricht, von einem bzw. mehreren Vollarbeitslosen, der/die für jeden Tag der Woche Arbeitslosengeld bezieht/beziehen, oder von einer der Personen, die ihm/ihnen in Ausführung der Artikel 100 Absatz 4 und 102 § 1 Absatz 3 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985, wie es abgeändert wurde, für die Anwendung dieser Bestimmungen gleichgestellt sind, vollständig ersetzt.

Die Anstellung erfolgt unter Beachtung der die Anwerbung betreffenden statutarischen Regeln, dort wo sie bestehen, und unter Beachtung der Bezuschussungsbedingungen.

§ 2. Der Arbeitslose, der ein Personalmitglied, das seine Laufbahn unterbricht, ersetzen soll, wird im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in den PMS-Zentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom Minister oder von seinem Beauftragten und im subventionierten Unterrichtswesen und in den subventionierten PMS-Zentren vom Schulträger angestellt.

Die Anstellung der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für Religion erfolgt auf Vorschlag des Kultusvorstehers.

Art. 9. In dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Unterrichtswesen wird der Arbeitslose, der ein Mitglied des Unterhalts-, Fach- und Dienstpersonals ersetzt, aufgrund eines Arbeitsvertrags für Ersatzpersonal eingestellt. In den anderen Fällen wird der Arbeitslose zeitweilig angestellt.

Art. 10. Die Dauer der Beschäftigung des Arbeitslosen darf auf keinen Fall länger sein als die Dauer der Laufbahnunterbrechung des Amtsinhabers.

Art. 11. Wenn einem Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn unterbricht, das Recht auf Laufbahnunterbrechungszulage verweigert wird aufgrund eines vom Regionalinspektor der Arbeitslosigkeit in Ausführung des Artikels 7 des Königlichen Erlasses vom 12. August 1991 gefaßten Beschlusses, ist der Schulleiter oder der Schulträger verpflichtet, die Abteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die für das betreffende Personal zuständig ist, unverzüglich darüber zu informieren.

Das Personalmitglied bleibt jedoch in Laufbahnunterbrechungsurlaub ohne Zulage, und zwar bis zum vorgesehenen Enddatum des Laufbahnunterbrechungsurlaubs. Wenn ihm das Recht auf eine Zulage im Laufe eines späteren Schuljahres wieder verweigert wird, wird seine Laufbahnunterbrechung von Rechts wegen in eine Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen umgewandelt, und zwar von der Zustellung der Zulageverweigerung an bis zum vorgesehenen Enddatum der besagten Laufbahnunterbrechung.

Art. 12. Der Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Juni 1992 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren wird aufgehoben.

Art. 13. Vorliegender Erlaß tritt am 1. September 1993 in Kraft.

Art. 14. Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 16. März 1994.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, Gesundheit und Familie, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,
B. GENTGES

TRADUCTION

F. 95 — 1062

[S-C -- 33042]

16 MARS 1994. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu les lois sur l'enseignement primaire, coordonnées le 20 août 1957, notamment l'article 79, modifié par les lois du 17 mars 1958 et du 29 mai 1959;

Vu la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement, notamment l'article 12bis, § 3 inséré par la loi du 11 juillet 1973;

Vu la loi du 1er avril 1960 sur les centres psycho-médico-sociaux, modifiée en dernier lieu par le décret de la Communauté germanophone du 7 mai 1990;

Vu la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat, modifiée en dernier lieu par le décret du 17 février 1992;

Vu la loi de redressement du 22 janvier 1965 contenant des dispositions sociales, notamment les articles 99 et 100;

Vu l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, notamment l'article 2;

Vu l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, notamment l'article 159;

Vu l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, notamment l'article 39;

Vu l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés, notamment l'article 167;

Vu l'arrêté royal du 12 août 1991 relatif à l'octroi d'allocations d'interruption aux membres du personnel de l'enseignement et des centres psycho-médico-sociaux;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 30 juillet 1993;

Vu le protocole nr. S 14/93 + OSUW 6/93 du 6 septembre 1993 contenant les conclusions des négociations menées en séance commune du Comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone et du sous-comité prévu à l'article 17, § 2ter, 3° de l'arrêté royal du 28 septembre 1984;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que le paiement des allocations d'interruption de carrière ne peut être reporté plus longtemps;

Sur la proposition du Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,

Arrête :

Article 1er. Le présent arrêté est applicable aux membres du personnel nommés à titre définitif et dont la nomination est agréée, là où l'agrément existe, et qui sont visés par :

1° la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat;

2° la loi du 1er avril 1960 sur les centres psycho-médico-sociaux;

3^o la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement, pour ce qui concerne les membres du personnel subventionné;

4^o l'article 79 des lois sur l'enseignement primaire, coordonnées le 20 août 1959;

5^o les lois sur l'enseignement technique, coordonnées le 30 avril 1957.

Art. 2. Les membres du personnel visés à l'article 1^{er} obtiennent à leur demande l'interruption complète de leur carrière professionnelle quel que soit le nombre d'heures ou de périodes afférent à la (aux) fonction(s) pour laquelle (lesquelles) ils sont nommés.

Les membres du personnel ne peuvent interrompre leur carrière professionnelle de manière partielle que si le nombre d'heures ou de périodes afférent à la (aux) fonction(s) pour laquelle (lesquelles) ils sont nommés atteint au moins la moitié du nombre d'heures ou de périodes. Dans ce cas, l'interruption correspond à la moitié du nombre d'heures ou de périodes requis pour la fonction à prestations complètes.

La fonction exercée doit être considérée comme une fonction principale au sens de l'article 5 de l'arrêté royal du 15 avril 1958.

Les membres du personnel en disponibilité par défaut d'emploi ou demandeurs d'un complément de charge sont supposés exercer le nombre d'heures ou de périodes exercé avant leur mise en disponibilité par défaut d'emploi ou leur demande d'un complément de charge.

Pour déterminer une demi-charge, n'est pris en considération comme nombre diviseur pour chacune des fonctions que le nombre minimal d'heures requis pour constituer la fonction à prestations complètes.

Art. 3. Par dérogation aux articles 1^{er} et 2, le Ministre qui a l'enseignement dans ses compétences détermine, par arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone, pour quelles fonctions les membres du personnel peuvent être exclus du bénéfice du présent arrêté pour des raisons inhérentes au bon fonctionnement des établissements d'enseignement, des centres et de l'inspection.

Art. 4. § 1^{er}. L'interruption de la carrière professionnelle est accordée pour une période débutant le 1^{er} septembre ou le 1^{er} octobre de l'année scolaire et se terminant le 31 août :

— aux membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical, du personnel social et psychologique, du personnel d'inspection, aux maîtres, professeurs et inspecteurs des religions catholique et protestante;

— au personnel administratif, de maîtrise, aux gens de métiers et de service;

— au personnel technique des centres psycho-médico-sociaux.

Toutefois, par dérogation aux dispositions qui précèdent, l'interruption de la carrière professionnelle peut débuter le jour qui suit la fin d'un congé de maternité ou d'un congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle accordé aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone. Le membre du personnel sera, par priorité, remplacé par une personne qui, au début de l'interruption, est :

1^o soit un membre du personnel mis en disponibilité par défaut d'emploi;

2^o soit un chômeur complet indemnisé pour tous les jours de la semaine;

3^o soit un travailleur qui souhaite occuper un emploi à temps partiel tout en conservant ses droits et obtient des allocations de chômage en application des articles 99 et 107 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

4^o soit un membre du personnel ayant remplacé un membre du personnel durant son congé de maternité et qui, au début de ce remplacement, était chômeur complet indemnisé pour tous les jours de la semaine, ou appartenait à une des catégories de personnel visées au 1^o ou au 3^o;

5^o soit un chômeur indemnisé qui est en chômage complet dans un régime de travail hebdomadaire moyen comprenant au moins la moitié du nombre d'heures de travail hebdomadaire moyen presté par un travailleur occupé à temps plein dans une fonction analogue dans la même entreprise ou, à défaut, dans la même branche d'activité;

6^o soit une personne désirant s'insérer ou se réinsérer sur le marché du travail, selon les conditions déterminées par le Ministre de l'Emploi et du Travail.

Dans ce cas, l'interruption de carrière doit être sollicitée avant le début du congé de maternité ou avant le début du congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle accordé aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone.

§ 2. Les autres membres du personnel visés aux articles 1^{er} et 2 du présent arrêté peuvent interrompre leur carrière professionnelle pour une période de six à douze mois.

§ 3. La durée totale de l'interruption complète ou partielle de la carrière professionnelle ne peut excéder 60 mois au cours de la carrière.

§ 4. Le membre du personnel qui interrompt sa carrière professionnelle de manière complète ou partielle et qui ne peut être remplacé selon les dispositions de l'arrêté royal du 12 août 1991 relatif à l'octroi d'allocations d'interruption aux membres du personnel de l'enseignement et des centres psycho-médico-sociaux, est mis en congé d'interruption de carrière par le Ministre compétent ou son délégué. Dans ce cas, le membre du personnel ne perçoit aucune allocation d'interruption de carrière.

Art. 5. § 1^{er}. Le membre du personnel qui souhaite interrompre sa carrière professionnelle communique par écrit, au Ministre ou à son délégué, la date à laquelle cette interruption prendra cours et la durée de celle-ci.

En outre, le membre du personnel fait savoir s'il opte pour une interruption complète ou partielle.

§ 2. Cette communication est faite au moins trente jours avant le début de l'interruption par l'intermédiaire :

— du chef d'établissement dans l'enseignement de la Communauté germanophone ou du directeur dans les centres psycho-médico-sociaux de la Communauté germanophone;

— du pouvoir organisateur dans l'enseignement subventionné et les centres P.M.S. subventionnés;

— de l'autorité hiérarchique pour les membres des services d'inspection.

Art. 6. § 1^{er}. Pendant l'interruption de sa carrière professionnelle, le membre du personnel ne perçoit pas de traitement ou de subvention-traitement. L'interruption de carrière est assimilée à une période d'activité de service.

Le montant de l'allocation d'interruption de carrière à charge de l'ONEM et/ou du Ministère de la Communauté germanophone, est fixé par référence au nombre d'heures ou de périodes afférent à la (aux) fonction(s).

Pour les membres du personnel visés à l'article 2, 4^e alinéa, la partie de l'allocation d'interruption couvrant les heures ou périodes de disponibilité par défaut d'emploi ou les heures et périodes perdues de la charge et non sujettes à remplacement, est prise en charge par la Communauté germanophone.

§ 2. Pendant l'interruption de sa carrière, le membre du personnel reste soumis au statut qui lui est applicable là où le statut existe et, par conséquent, aux dispositions relatives aux devoirs et aux incompatibilités.

§ 3. Durant l'interruption de carrière, le droit aux allocations familiales est maintenu dans le respect des dispositions d'application en la matière et les allocations sont attribuées conformément au régime de travail que le membre du personnel a interrompu.

Le membre du personnel conserve son droit au remboursement des soins de santé.

§ 4. Le congé de maternité ou le congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officieuse qui intervient en cours d'interruption de la carrière ne met pas fin à celle-ci mais la suspend, même si le congé de maternité est scindé.

En pareil cas, le membre du personnel bénéficie de la rémunération à laquelle il a droit en vertu de la réglementation applicable en matière de congé de maternité ou de congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officieuse accordé aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone.

Art. 7. § 1er. Pour des raisons exceptionnelles et moyennant un préavis d'un mois, le membre du personnel qui a interrompu sa carrière, peut être autorisé par le Ministre ou son délégué à reprendre ses fonctions ou à les exercer à nouveau entièrement avant l'expiration de la période d'interruption de la carrière professionnelle.

Le préavis doit être adressé au Ministre ou à son délégué :

— par l'intermédiaire du chef d'établissement dans l'enseignement de la Communauté germanophone, du directeur dans les centres psycho-médico-sociaux de la Communauté germanophone et de l'autorité hiérarchique pour les membres des services d'inspection;

— par l'intermédiaire et avec l'accord du pouvoir organisateur dans l'enseignement subventionné et dans les centres psycho-médico-sociaux subventionnés.

Pour les maîtres, professeurs et inspecteurs de religion dans l'enseignement de la Communauté germanophone et l'enseignement officiel subventionné, cette demande sera accompagnée de l'accord du chef de culte concerné.

§ 2. Les membres du personnel visés à l'article 4, § 1er du présent arrêté ne peuvent en aucun cas reprendre leurs fonctions ou les exercer à nouveau complètement après le 1er mai de l'année scolaire ou académique.

§ 3. Le Ministère de la Communauté germanophone avise l'Office national de l'Emploi dans les quinze jours qui suivent la décision du Ministre ou de son délégué, de la date à laquelle le membre du personnel reprend ses fonctions ou les exerce à nouveau complètement.

Art. 8. § 1er. Un membre du personnel qui interrompt sa carrière professionnelle est, conformément aux dispositions réglementaires applicables en ce qui concerne la réaffectation et la remise au travail, remplacé prioritairement par un ou plusieurs membre(s) du personnel mis en disponibilité par défaut d'emploi.

Dans les emplois de sélection et de promotion, un membre du personnel peut toutefois être remplacé temporairement par un membre du personnel nommé à titre définitif dans la fonction de recrutement qui donne accès à la fonction de sélection ou de promotion.

Dans ce cas, les dispositions du premier alinéa s'appliquent à l'emploi de recrutement temporairement abandonné, soit entièrement, soit partiellement.

A défaut de possibilité d'application des dispositions qui précèdent, le membre du personnel qui interrompt sa carrière professionnelle est remplacé totalement par un ou plusieurs chômeur(s) complet(s) qui bénéficie(nt) d'allocations pour tous les jours de la semaine ou par une des personnes qui, en exécution des articles 100, alinéa 4 et 102, § 1er, alinéa 3 de la loi de redressement du 22 janvier 1985, telle que modifiée, y sont assimilées pour l'application de ces dispositions.

La désignation s'effectue dans le respect des règles statutaires relatives au recrutement, là où elles existent, ainsi que dans le respect des conditions de subventionnement.

§ 2. Le chômeur appelé à remplacer un membre du personnel qui interrompt sa carrière est désigné par le Ministre ou son délégué dans l'enseignement de la Communauté germanophone et dans les centres P.M.S. de la Communauté germanophone, et par le pouvoir organisateur dans l'enseignement subventionné et dans les centres P.M.S. subventionnés.

Pour les maîtres, professeurs et inspecteurs de religion, la désignation se fait sur proposition du chef de culte.

Art. 9. Dans l'enseignement organisé par la Communauté, le chômeur qui remplace un membre du personnel de maîtrise, gens de métier et de service, est engagé sous contrat de remplacement. Dans les autres cas, le chômeur est désigné à titre temporaire.

Art. 10. La période d'occupation du chômeur ne peut en aucun cas excéder la durée de l'interruption de la carrière du titulaire.

Art. 11. Si, par décision de l'inspecteur régional du chômage, prise en application de l'article 7 de l'arrêté royal du 12 août 1991, un membre du personnel qui interrompt sa carrière professionnelle se voit refuser le droit aux allocations, le chef d'établissement ou le Pouvoir organisateur est tenu d'en informer, sans délai, la division de la Communauté germanophone dont il relève.

Toutefois, le membre du personnel reste en congé d'interruption de carrière sans allocation. Le membre du personnel ne peut bénéficier qu'une seule fois de la présente disposition. Si, au cours d'une année scolaire ultérieure, il perd à nouveau le droit aux allocations, son interruption de carrière est de plein droit transformée, à dater de la notification du refus d'allocation, en disponibilité pour convenances personnelles jusqu'au terme prévu de ladite interruption de carrière.

Art. 12. L'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 10 juin 1992 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux est abrogé.

Art. 13. Le présent arrêté entre en vigueur le 1er septembre 1993.

Art. 14. Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 16 mars 1994.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, de la Santé et de la Famille, du Sport et du Tourisme,

J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation,
de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,

B. GENTGES

VERTALING

N. 95 — 1062

[S-C — 33042]

**16 MAAKT 1994. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap
betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra**

De regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1957, inzonderheid op artikel 79, gewijzigd bij de wetten van 17 maart 1958 en 29 mei 1959;

Gelet op de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, inzonderheid op artikel 12bis, § 3, ingevoegd bij de wet van 11 juli 1973;

Gelet op de wet van 1 april 1960 betreffende de psycho-medisch-sociale centra, laatst gewijzigd bij het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 7 mei 1990;

Gelet op de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut van de personeelsleden van het Rijksonderwijs, laatst gewijzigd bij het decreet van 17 februari 1992;

Gelet op de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen, inzonderheid op de artikelen 99 en 100;

Gelet op het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, inzonderheid op artikel 2;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhankelijk zijn, en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, inzonderheid op artikel 159;

Gelet op het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke en protestantse godsdienst der inrichtingen voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, inzonderheid op artikel 39;

Gelet op het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de gespecialiseerde rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met het toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra, inzonderheid op artikel 167;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 augustus 1991 betreffende de toekenning van onderbrekingsuitkeringen aan de personeelsleden van het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 30 juli 1993;

Gelet op het protocol nr. S 14/93 + OSUW 6/93 van 6 september 1993 houdende de conclusies van de onderhandelingen gevoerd in een gemeenschappelijke zitting van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap en van het subcomité bepaald in artikel 17, § 2ter, 3o van het koninklijk besluit van 28 september 1984;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de betaling van de loopbaanonderbrekingsuitkeringen geen uitstel meer lijdt;

Op de voordracht van de Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,

Besluit :

Artikel 1. Dit besluit is toepasselijk op de vastbenoemde personeelsleden wier benoeming erkend is waar de erkenning bestaat en die bedoeld zijn in

1o de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut van de personeelsleden van het rijksonderwijs;

2o de wet van 1 april 1960 betreffende de psycho-medisch-sociale centra;

3o de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, wat de leden van het gesubsidieerd personeel betreft;

4o artikel 79 van de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1959;

5o de wetten op het technisch onderwijs, gecoördineerd op 30 april 1957.

Art. 2. Op hun verzoek mogen de in artikel 1 bedoelde personeelsleden de volledige onderbreking van hun beroepsloopbaan verkrijgen onafhankelijk van het aantal uren of lesuren betreffende het ambt (de ambten) waarvoor zij benoemd zijn.

Een gedeeltelijke onderbreking van de beroepsloopbaan is de personeelsleden alleen maar toegestaan wanneer het aantal uren of lesuren betreffende het (de) ambt(en) waarin zij benoemd zijn ten minste de helft van het aantal uren of lesuren bedraagt. In dat geval stemt de onderbreking overeen met de helft van het aantal uren of lesuren dat noodzakelijk is voor de voltijdse betrekking.

Het uitgeoefende ambt moet als een hoofdamt in de zin van artikel 5 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 beschouwd worden.

De personeelsleden die wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking zijn gesteld of die een bijkomende opdracht aanvragen, worden geacht het aantal uren of lesuren te presteren dat zij voor hun terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking of voor hun aanvraag om bijkomende opdracht presteerden.

Om een halve opdracht te bepalen wordt voor ieder ambt als divisor slechts het minimaal aantal uren in aanmerking genomen dat noodzakelijk is om een voltijdse betrekking te vormen.

Art. 3. In afwijking van de artikelen 1 en 2 bepaalt de inzake onderwijs bevoegde Minister door besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap de ambten waarvoor de personeelsleden van het voordeel van dit besluit uitgesloten worden om redenen die inherent zijn aan de goede werking van de onderwijsinrichtingen, van de centra en van de inspectie.

Art. 4. § 1. De onderbreking van de beroepsloopbaan wordt toegestaan voor een periode beginnend op 1 september of 1 oktober van het schooljaar en eindigend op 31 augustus :

— aan de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en paramedisch personeel, aan het sociaal en psychologisch personeel, aan het inspectiepersoneel en aan de leermeesters, leraars en inspecteurs katholieke en protestantse godsdienst;

— aan het administratief personeel en aan het meesters-, vak en dienstpersoneel;

— aan het technisch personeel van de psycho-medisch-sociale centra.

In afwijking van de voorafgaande bepalingen mag de onderbreking van de beroepsloopbaan echter beginnen op de dag volgend op het einde van een moederschapsverlof of van een opvangverlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij toegekend aan de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen georganiseerd of gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap. Het personeelslid zal bij voorrang door een persoon worden vervangen die bij het begin van de onderbreking

1° ofwel een personeelslid is, dat wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking gesteld werd;

2° ofwel een vergoede volledig werkloze is, die voor elke dag van de week een uitkering geniet;

3° ofwel een werknemer is die met bewaring van zijn rechten een deeltijdse betrekking wenst uit te oefenen en een werkloosheidsuitkering verkrijgt in toepassing van de artikelen 99 en 107 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

4° ofwel een personeelslid is dat een personeelslid gedurende een moederschapsverlof vervangen heeft en dat bij de aanvang van de vervanging een vergoede volledig werkloze was die uitkeringen heeft genoten voor alle dagen van de week, ofwel behoorde tot één van de categorieën van personeel bedoeld in 1 of 3°;

5° ofwel een vergoede volledig werkloze is met een gemiddelde wekelijkse arbeidsduur van ten minste de helft van het gemiddeld wekelijkse aantal uren gepresteerd door een werknemer met een voltijdse betrekking in een gelijkwaardig ambt in dezelfde onderneming of, bij ontstentenis, in dezelfde bedrijfstak;

6° ofwel een persoon is die volgens de modaliteiten bepaald door de Minister van Tewerkstelling en Arbeid zich op de arbeidsmarkt wenst in te schakelen of te herinschakelen.

In dit geval moet de loopbaanonderbreking aangevraagd worden voor het begin van het moederschapsverlof of van het verlof dat met het oog op adoptie of pleegvoogdij toegekend wordt aan de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd worden.

§ 2. De andere in de artikelen 1 en 2 van dit besluit bedoelde leden van het personeel mogen hun loopbaan voor zes tot twaalf maanden onderbreken.

§ 3. De totale duur van de volledige of gedeeltelijke onderbreking van de beroepsloopbaan mag over de hele loopbaan 60 maanden niet overschrijden.

§ 4. Het personeelslid dat zijn beroepsloopbaan volledig of gedeeltelijk onderbreekt en dat niet volgens de bepalingen van het koninklijk besluit van 12 augustus 1991 betreffende de toekenning van onderbrekingsuitkeringen aan de personeelsleden van het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra kan vervangen worden, wordt door de bevoegde minister of zijn gevolmachtigde in loopbaanonderbrekingsverlof gesteld. In dit geval geniet het personeelslid geen loopbaanonderbrekingsuitkering.

Art. 5. § 1. Het personeelslid dat zijn beroepsloopbaan wenst te onderbreken deelt schriftelijk aan de Minister of zijn gevolmachtigde de datum mede waarop deze onderbreking begint en de duur ervan.

Bovendien deelt het personeelslid mede of het een volledige of een gedeeltelijke onderbreking kiest.

§ 2. Deze mededeling gebeurt ten minste dertig dagen voor het begin van de onderbreking door tussenkomst

— van het inrichtingshoofd in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap of van de directeur in de psycho-medisch-sociale centra van de Duitstalige Gemeenschap;

— van de inrichtende macht in het gesubsidieerd onderwijs en de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra;

— van de hiërarchische overheid voor de leden van de inspectiediensten.

Art. 6. § 1. Tijdens zijn loopbaanonderbreking ontvangt het personeelslid geen wedde of weddetoelage. De loopbaanonderbreking wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Het bedrag van de onderbrekingsuitkering ten laste van de RvA en/of van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt bepaald op basis van het aantal uren of lesuren van het (de) ambt(en).

Voor de personeelsleden bedoeld in artikel 2, lid 4 neemt de Duitstalige Gemeenschap het gedeelte van de onderbrekingsuitkering over dat overeenstemt met de uren of lesuren van terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking of met de verloren en niet aan vervanging onderhevige uren of lesuren van de opdracht.

§ 2. Gedurende de loopbaanonderbreking blijft het personeelslid onderworpen aan het op hem toepasselijk statuut, waar dit statuut bestaat, en dus aan de bepalingen betreffende de plichten en onverenigbaarheden.

§ 3. Tijdens de loopbaanonderbreking wordt het recht op kinderbijslag gehandhaafd met inachtneming van de desbetreffende toe te passen bepalingen en wordt de kinderbijslag toegekend overeenkomstig de arbeidsregeling die het personeelslid onderbroken heeft.

Het personeelslid behoudt zijn recht op terugbetaling van de gezondheidszorg.

§ 4. Het moederschapsverlof of het opvangverlof toegekend met het oog op adoptie of pleegvoogdij dat in de periode van loopbaanonderbreking valt, beëindigt de loopbaanonderbreking niet maar schorst ze op, zelfs wanneer het moederschapsverlof gesplitst wordt.

In dit geval geniet het personeelslid de bezoldiging waarop het recht heeft krachtens de reglementering die van toepassing is inzake moederschapsverlof of opvangverlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij toegekend aan de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen georganiseerd of gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 7. § 1. Om buitengewone redenen en met inachtneming van een opzeggingstermijn van één maand mag het personeelslid, dat zijn loopbaan heeft onderbroken, van de Minister of zijn gevolmachtigde de toelating verkrijgen zijn ambt opnieuw op te nemen of opnieuw volledig uit te oefenen vooraleer de periode van onderbreking van zijn beroepsloopbaan afgelopen is.

De opzegging moet worden gericht aan de Minister of aan zijn gevolmachtigde

— door tussenkomst van het inrichtingshoofd in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap, van de directeur in de psycho-medisch-sociale centra van de Duitstalige Gemeenschap en door tussenkomst van de hiërarchische overheid voor de leden van de inspectiediensten;

— door tussenkomst en met akkoord van de inrichtende macht in het gesubsidieerd onderwijs en in de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra.

Voor de leermeesters, leraars en inspecteurs godsdienst van het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap en van het gesubsidieerd officieel onderwijs moet deze aanvraag vergezeld zijn van het akkoord van het hoofd van de betrokken eredienst.

§ 2. De in artikel 4, § 1 van dit besluit bedoelde personeelsleden mogen in geen geval hun ambt weer opnemen of het ambt opnieuw volledig uitoefenen na de eerste mei van het school- of academiejaar.

§ 3. Het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap brengt, binnen de vijftien dagen na de beslissing van de Minister of van zijn gevolmachtigde, de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening op de hoogte van de datum waarop het personeelslid zijn ambt opnieuw opneemt of het opnieuw volledig uitoefent.

Art. 8. § 1. Een personeelslid dat zijn beroepsloopbaan onderbreekt wordt — overeenkomstig de verordening-bepalingen die toepasselijk zijn inzake reëffectatie en wedertewerkstelling bij voorrang vervangen door één of meerdere personeelsleden ter beschikking gesteld wegens ontstentenis van betrekking.

In selectie- en bevorderingsambten mag een personeelslid echter tijdelijk vervangen worden door een personeelslid dat vastbenoemd is in het wervingsambt dat toegang geeft tot dat selectie- of bevorderingsambt.

In dat geval worden de bepalingen van het eerste lid toegepast op het tijdelijk volledig of gedeeltelijk verlaten wervingsambt.

In de gevallen waarvoor voorgaande bepalingen niet kunnen worden toegepast, wordt het personeelslid dat zijn beroepsloopbaan onderbreekt volledig vervangen door één of meerdere vergoede volledig werklozen die uitkeringen genieten voor alle dagen van de week of door personen die in uitvoering van de artikelen 100, lid 4, en 102, § 1, lid 3 van de herstellwet van 22 januari 1985, zoals ze gewijzigd werd, met hem (hen) gelijkgesteld worden voor de toepassing van deze bepalingen.

De aanstelling gebeurt met inachtneming van de statutaire regels over de werving, daar waar zij bestaan, en van de subsidiëeringsvoorwaarden.

§ 2. De werkloze die het personeelslid vervangt dat zijn beroepsloopbaan onderbreekt, wordt aangesteld door de Minister of zijn gevolmachtigde in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap en de psycho-medisch-sociale centra van de Duitstalige Gemeenschap, en door de inrichtende macht in het gesubsidieerd onderwijs en de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra.

Voor de leermeesters, leraars en inspecteurs godsdienst gebeurt de aanstelling op voorstel van het hoofd van de eredienst.

Art. 9. In het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd onderwijs wordt de werkloze, die een lid van het meesters-, vak- en dienstpersoneel vervangt, aangeworven op basis van een vervangingsovereenkomst. In de andere gevallen wordt de werkloze als tijdelijke aangesteld.

Art. 10. De periode van tewerkstelling van de werkloze mag in geen geval de duur van de loopbaanonderbreking van de titularis overschrijden.

Art. 11. Indien het recht op uitkeringen door een beslissing van de gewestelijke werkloosheidsinspecteur, genomen in toepassing van artikel 7 van het koninklijk besluit van 12 augustus 1991, geweigerd wordt aan een personeelslid dat zijn beroepsloopbaan onderbreekt, moet het inrichtingshoofd of de inrichtende macht de Afdeling van de Duitstalige Gemeenschap waaronder het/zij ressorteert onverwijld daarvan in kennis stellen.

Het personeelslid blijft echter in loopbaanonderbreking zonder uitkering. Deze bepaling mag op een personeelslid slechts één keer toegepast worden. Indien de betreffende in de loop van een volgend schooljaar het recht op uitkeringen opnieuw verliest, dan wordt zijn loopbaanonderbreking, vanaf de betekening van de uitkeringsweigering en tot het vastgelegd einde van deze onderbreking, van rechtswege omgezet in een terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden.

Art. 12. Het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 10 juni 1992 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra wordt opgeheven.

Art. 13. Dit besluit treedt in werking op 1 september 1993.

Art. 14. De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 16 maart 1994.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-Voorzitter,
Gemeenschapsminister van Financiën, Gezondheid en Gezin, Sport en Toerisme,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,

B. GENTGES

14. SEPTEMBER 1994. — Erlaß der Regierung
zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens
Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige
Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990 und 16. Juli 1993;
Aufgrund des Gesetzes vom 14. Mai 1955 über den Kunstunterricht;
Aufgrund der durch Königlichen Erlaß vom 30. April 1957 koordinierten Gesetze über das Mittelschulwesen;
Aufgrund der durch Königlichen Erlaß vom 30. April 1957 koordinierten Gesetze über den technischen
Unterricht;
Aufgrund des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsge-
setzgebung, so wie es abgeändert wurde;
Aufgrund des Gesetzes vom 19. Juli 1971 über die allgemeine Struktur und die Organisation des Sekundarun-
terrichts, so wie es abgeändert wurde;